

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Gewerkschaftsnachrichten aus den USA

Die Kluft zwischen der AFL-CIO unter *George Meany* und der UAW (Automobilarbeiter-Gewerkschaft) unter *Walter Reuther* hatte sich, wie in diesen Blättern mehrfach berichtet wurde, zusehends erweitert. Sie führte nun am 1. Juli 1968 zum Austritt der UAW aus dem Gewerkschaftsverband, der nach Ansicht Reuthers nicht aktiv genug in der Erfassung der Unorganisierten und der Verfechtung der akuten sozialen Probleme der Vereinigten Staaten ist. Am 23. Juli erfolgte ein weiterer Schritt: die Gründung der ALA (*Alliance for Labor Action*) durch die UAW (1,5 Millionen Mitglieder) und die Teamsters Union (1,9 Millionen). Die letztere, die Vertretung hauptsächlich von Lastwagen- und anderen Transportarbeitern und anderen mit der Verteilung von Gütern befaßten Arbeitern, war 1957 wegen Korruption aus der AFL-CIO ausgeschlossen worden, nicht zuletzt auf Betreiben Reuthers; ihre Führer *Dave Beck* und *James Hoffa* wurden zu Gefängnis verurteilt. Hoffa ist noch in Haft; unter seinem Stellvertreter *Fitzsimmons* wurde die Gewerkschaft wieder respektabler. Außerdem ist sie durch ihre strategische Position in den Lohnkämpfen vieler anderer Gewerkschaften unentbehrlich.

Die neue Allianz will vorerst nur eine Arbeits- und Aktionsgemeinschaft sein, die — zumindest theoretisch — auch den in der AFL-CIO verbliebenen Gewerkschaften offensteht. Einige von ihnen stehen traditionell Reuther nahe (Gummi-, Chemie-, Landarbeiter); ob sie es wagen können, in der neuen Organisation mitzuarbeiten, ist fraglich. Dagegen wird erwartet, daß die kleine unabhängige Bergarbeitergewerkschaft beitreten wird.

Ironischerweise hat die Ermordung *Robert Kennedys* der Zusammenarbeit der beiden großen Gewerkschaften den Weg geebnet. Die UAW hatte — als einzige große Gewerkschaft — seine Präsidentschaftskandidatur aktiv unterstützt, während er sich als Justizminister durch seine rücksichtslose Verfolgung Hoffas die Feindschaft der Teamster-Gewerkschaft zugezogen hatte.

Die Aktionsgemeinschaft setzt sich zum Ziel:

1. eine aktivere und aggressivere Organisierungskampagne und die Unterstützung schwächerer Gewerkschaften dabei
2. politische Aktion auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung, der Negerfrage und der Großstadtmisere

3. Unterstützung der politischen Kandidaten, die sich für solche Programme einsetzen

4. Wiederanknüpfung der weitgehend verloren gegangenen Verbindung zum Lager der Liberalen und Intellektuellen und zur Jugend.

Es ist natürlich bedauerlich, daß die beiden stärksten und aktivsten Gewerkschaften nun außerhalb des Gesamtverbands stehen. Andererseits wäre es falsch, aus der wünschenswerten Einheit einen Fetisch zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung hat zweifellos in den letzten Jahrzehnten stagniert und Ihre soziale Führungsstellung und vor allem den Kontakt mit den zukunftsweisenden Kräften in der Nation weitgehend verloren. Falls die neue Aktionsgemeinschaft diesen wiederherstellen kann, wäre dies mit der Spaltung nicht zu teuer erkaufte. *Günther Eckstein, New York*

Erste Auswirkungen der ungarischen Wirtschaftsreform

Nach jahrelangen Diskussionen, wissenschaftlichen Untersuchungen und anderen Vorbereitungen wurde am 1. Januar 1968 in Ungarn eine umfassende Neuordnung der Wirtschaftspolitik in Kraft gesetzt, die in der öffentlichen Debatte unter dem Namen „Wirtschaftsreform“ läuft. Sie entspricht ähnlichen Reformmaßnahmen, wie sie während der letzten Jahre in verschiedenen osteuropäischen Ländern gesamthaft oder teilweise eingeführt wurden oder angestrebt werden. Bei ihnen allen handelt es sich um den Übergang von der zentral und bürokratisch geleiteten Planwirtschaft zur sogenannten „sozialistischen Marktwirtschaft“.

Die Berücksichtigung echter Konsumbedürfnisse und damit die Produktion marktgängiger *Konsumgüter*, die Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung, die größere Bewegungsfreiheit für die Betriebe, die dafür eine strikte Unterwerfung unter das Rentabilitätsprinzip und den Konkurrenzdruck von Unternehmungen der gleichen Branche auf sich nehmen müssen, eine strengere Investitionspolitik, welche die Betriebe zur Selbstfinanzierung ihres Ausbaus anhält, eine flexiblere Gestaltung des Preissystems und des Außenhandels, Rationalisierung der Betriebsführung und der Arbeitsvorgänge, ein vorerst noch bescheidenes Mitspracherecht der Belegschaften, Verkürzung der Arbeitszeit, das sind die hauptsächlichsten Züge der ungarischen Wirtschaftsreform.

Ein Aufenthalt in Budapest gab uns vor kurzem Gelegenheit, in Gesprächen mit Gewerkschaftsführern und anderen Persönlichkeiten ihre ersten Auswirkungen festzustellen. Freilich eine Zeitspanne von weniger als einem halben Jahr ist für ein abschließendes Urteil zu kurz. In wichtigen Wirtschaftszweigen, z. B. in der Landwirtschaft ist aus naheliegenden

Gründen eine längere Erprobungszeit unvermeidlich. Aber einige Feststellungen sind schon heute möglich, ja für die ersten Monate liegen bereits gewisse statistische Unterlagen vor. So hat die Umstellung zunächst, d. h. in den Monaten Januar und Februar zu einer Verlangsamung des *Produktionswachstums* geführt, bis in den Betrieben neue Routinen erarbeitet waren. Dann aber erfolgte eine beachtliche Steigerung, im März 1968 war der Produktionszuwachs um 5 vH größer als in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Dieses Produktionswachstum geht allerdings zu einem erheblichen Teil auf die Inbetriebnahme neuer Produktionsstätten und die Vermehrung der Zahl der Beschäftigten um 2 vH zurück und nicht, wie ursprünglich erhofft wurde, auf eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität. Diese hätte die Ursache von 80 vH des Produktionswachstums sein sollen. Aber nur 55 vH des Produktionswachstums wurden durch eine gesteigerte Arbeitsproduktivität erwirkt. Der Übergang zu einem intensiven Wirtschaften begegnet also — das muß aus diesen Ziffern geschlossen werden — noch Widerständen und ist in dem erwarteten Ausmaß bisher nicht erfolgt.

Einige Schwierigkeiten hat die Wirtschaftsreform auch für den ungarischen *Außenhandel* ergeben, was, wie der Leiter der ökonomischen Hauptabteilung im Außenhandelsministerium in einer Betrachtung im Wochenblatt *Figyelő* feststellt, nicht ganz unerwartet kommt. Die Umstellung hat hier eine gewisse Unsicherheit nach sich gezogen. Das Wachstumstempo der Ausfuhr ist hinter dem der Industrieproduktion zurückgeblieben. Die Ausfuhr war im ersten Quartal 1968 laut Bericht des Statistischen Zentralamts um 1 vH, die Einfuhr um 10 vH niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Verstärkt hat sich der Außenhandel mit den COMECON-Ländern, die Bestellungen sind hier Ende Juni um 12 vH höher als im Vorjahr und erreichen den Wert von 10 Milliarden Forint (Devisen-Forint auf Rubelrelation gerechnet).

Besonders gesteigert hat sich der Handel mit der Sowjetunion, deren Markt ein erhöhtes Interesse für ungarische Waren zeigt und die nach wie vor den wichtigsten Rohstoff- und Energielieferanten Ungarns bildet. Aber auch die Außenhandelsbeziehungen mit der DDR und der CSSR entwickeln sich gut, wohingegen der Gütertausch mit Polen und Bulgarien gewissen Schwierigkeiten begegnet. Der Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern war rückläufig, bei der Ausfuhr um wenige Prozente, bei der Einfuhr um rund ein Drittel. Landwirtschaft und Leichtindustrie konnten hier das Ausfuhrniveau des Vorjahrs halten, der Rückgang der Ausfuhr nach dem Westen trifft vor allem die Maschinenindustrie. Die Außenhandelsaussichten für Agrarprodukte werden auch für den Rest des

Jahres im Hinblick auf die neuen Marktordnungen der EWG-Länder nicht optimistisch beurteilt.

Als eine der bedeutendsten Auswirkungen der Wirtschaftsreform ist eine sich rasch ausbreitende *Verkürzung der Arbeitszeit* von 48 Stunden auf 36 bis 45 Stunden je Woche zu verzeichnen, die je nach der Arbeiterkategorie und nach den Betrieben, wie schon aus den Ziffern hervorgeht, variiert. 70 Betriebe haben am 1. Januar 1968 die verkürzte Arbeitszeit eingeführt, in deren Genuß rund 120 000 Arbeiter gekommen sind. Am Ende des ersten Quartals 1968 erfreuen sich ihrer rund 380 000 Werktätige. Bei den zuständigen Ministerien liegen die Gesuche von weiteren 51 Betrieben um Einführung der Arbeitszeitverkürzung vor, andere sind noch in Vorbereitung. Eine amtliche wie eine gewerkschaftliche Kontrolle der Arbeitszeitverkürzungen hat sich nämlich als notwendig erwiesen. Die Gewerkschaften geben ihre Zustimmung nur dann, wenn gesichert ist, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht zu verminderten Lohneinnahmen der Arbeiter führt und der Staat sieht darauf, daß die Sicherung des Lohnniveaus nicht, wie das in einigen Fällen vorgekommen ist, von den Betrieben durch Ansetzung von Oberstunden erfolgt, die beweisen, daß der Betrieb technisch und arbeitsorganisatorisch nicht für die Arbeitszeitverkürzung reif ist.

Der Zentralrat der ungarischen Gewerkschaften rechnet immerhin damit, daß in der zweiten Jahreshälfte weitere 650 000 Arbeiter sich verkürzter Arbeitszeit werden erfreuen können und bereitet Kurse und Wochenendprogramme zur sinnvollen Verwendung dieser zusätzlichen Freizeit vor. Im übrigen ist bemerkenswert, daß die Produktivität in den Betrieben, in denen die verkürzte Arbeitszeit eingeführt wurde, um 5 vH gestiegen ist und daß der Verdienst der Arbeiter sich dort durchschnittlich um 1,5—2 vH erhöhte.

Die gesamten *Geldeinnahmen* der Werktätigen sind in den ersten Monaten des Jahres um 7 vH höher als in den Vergleichsmonaten des Vorjahrs, was freilich nicht nur auf Lohn-erhöhungen, sondern auch auf vermehrte Prämien, Gewinnanteile und Sozialzahlungen (die Mutterschaftsversicherung meldet größere Auszahlungen) zurückzuführen ist, nicht zuletzt auch auf die größere Beschäftigtenzahl. Die Wirtschaftsreform hat nämlich bis jetzt noch zu keiner Arbeitslosigkeit geführt, wie von einigen Theoretikern unter Hinweis auf die Erfahrungen in Jugoslawien befürchtet worden war. Wir notierten bereits die erhöhte Zahl eingesetzter Arbeitskräfte und ließen uns sagen, daß in einigen Wirtschaftszweigen, besonders in den verschiedensten Sparten des Baugewerbes sogar ein Mangel an Arbeitskräften besteht.

Ob das so bleiben wird, erscheint allerdings fraglich, denn in Ungarn gibt es auch heute noch eine „versteckte Arbeitslosigkeit“, d. h. es

werden Arbeiter und Angestellte in den Betrieben gehalten und irgendwie beschäftigt, die eigentlich entbehrlich wären. Da in der kommenden Zeit doch wohl mit einer rationelleren Arbeitsorganisation der Unternehmungen gerechnet werden muß, was ja durchaus im Sinn der Wirtschaftsreform liegt und außerdem gerade in den nächsten Jahren die starken Geburtenjahrgänge der Nachkriegszeit ins Erwerbsleben eintreten, wurden vorbeugend Maßnahmen getroffen, um den Arbeitsmarkt in Gleichgewicht zu halten.

Ältere Bergleute, wenn sie 10 Jahre unter Tag gearbeitet haben, können sich zu den Vorzugsbedingungen für Bergleute pensionieren lassen, selbst dann, wenn sie heute nicht mehr im Bergbau tätig sind, sondern einen anderen Arbeitsplatz einnehmen. Im Anschluß an die Leistungen der Mutterschaftshilfe wird Frauen, die nach der Geburt eines Kindes die Erwerbsarbeit aufgeben, auf die Dauer von zweieinhalb Jahren eine monatliche Rente von 600 Forint gezahlt, für das zweite Kind, das sie in dieser Zeit bekommen und aufziehen sogar 1200 Forint, zusammen 1800 Forint. Das entspricht dem Monatslohn eines gut qualifizierten Arbeiters. So hofft man, zahlreiche Frauen zur Freimachung — wenigstens zeitweise — eines Arbeitsplatzes bewegen zu können, was bei dem starken Anteil der Frauenarbeit in Ungarns Industrie sicher ins Gewicht fallen würde.

Ein letztes Wort: die *Preise*. Wenn befürchtet wurde, die Wirtschaftsreform mit ihrer größeren Flexibilität des Preissystems werde zu einer Preisinflation führen, so kann mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß dies keineswegs der Fall ist. Das Preisniveau ist nicht nur nicht gestiegen, sondern im Durchschnitt um 2 vH gefallen. Vor allem wichtige Lebensmittelpreise sind zurückgegangen und die Kosten für Dienstleistungen sind stabil geblieben. Es zeigt sich im Straßenbild Budapests, daß das Sortiment der von den Handelsgeschäften angebotenen Konsumgüter sich erheblich vergrößert hat. Die Wurstwaren- und die Fleischkonservenindustrie konnten die Qualität ihrer Waren merklich verbessern. Das gleiche gilt für elektrische Haushaltmaschinen, Rundfunk- und Fernsehgeräte. Die verbesserte Warenversorgung bei stabilem Preisniveau, verkürzte Arbeitszeit für viele und größere Geldeinnahmen für die meisten Lohnempfänger, diese ersten Auswirkungen sichern natürlich der Wirtschaftsreform die Zustimmung der breiten Massen. Wie sie sich auf die Unternehmungen und damit auf die Wirtschaftskraft Ungarns auswirken wird, das freilich läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit beurteilen, wenn auch bis jetzt keine Erscheinungen aufgetreten sind, die zu einer pessimistischen Prognose Anlaß geben würden.

Walter Gyssling

Unterdrückung der Gewerkschaft in Marokko

Die marokkanische Gewerkschaft *Union Marocaine du Travail* (UMT)¹⁾ steht wieder in einer schweren Prüfung. Ihr Generalsekretär *Mahjoub Ben Seddik* war am 7. Juli 1967 verhaftet worden, weil er an König *Hassan II.* ein Telegramm geschickt hatte, in dem er im Namen der UMT gegen die Politik der Regierung protestierte. Für dieses Telegramm wurde Mahjoub Ben Seddik mit achtzehn Monaten Gefängnis bestraft, und zwar auf Grund eines französischen Gesetzes, das 1935 im Protektorat Marokko zur Bekämpfung nationalistischer Bewegungen erlassen wurde! Ben Seddik verbüßt gegenwärtig noch immer seine Strafe.

Es geht dem König mit der Verurteilung des Gewerkschaftsführers darum, die Kraft der unabhängigen und mächtigen UMT zu brechen. Diese Gewerkschaft hat 650 000 Mitglieder, die vorzüglich organisiert sind. Die Gewerkschaft hat seit 1955 eine neue Methode der Arbeiter-Sozialerziehung entwickelt, die für Afrika ein Vorbild der Erwachsenenpädagogik sein kann²⁾.

Die Auseinandersetzung zwischen dem marokkanischen Königshaus und der Gewerkschaft erreichte einen neuen Höhepunkt, als am 18. Juli 1968 *Abdelkader Awab* verhaftet wurde. Awab, Gründer der Arbeiterjugendorganisation *Jepmesse Ouvriere Marocaine* (JOM), ist Mitglied des Nationalbüros der UMT. Er leitete die marokkanische Arbeiterdelegation auf der jüngsten Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Diesmal wurde die Freiheit der Gewerkschaft unverblümt in Frage gestellt. Awab war in Haft genommen worden, weil er sich in Genf nicht regierungskonform verhalten hatte!

Neben diesen demonstrativen Vorgängen wird auf beiden Seiten seit langem ein hartnäckiger Kleinkrieg geführt. Die Beschlagnehmung der gewerkschaftlichen Wochenzeitung *Avant-garde* gleich im Druckhaus ist eine Routine geworden, in der Redakteure und Polizisten eingespielt sind. Das *Bulletin interieur* der UMT wird auf Schleichwegen verbreitet. Auf Streikversuche reagiert die Regierung mit zeitweiligen Verhaftungen. In den letzten zwölf Monaten (Juli 1967 bis Juli 1968) sind in Mohammedia 300 Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre festgenommen worden, in El Jadida fünf Sekretäre und 60 Arbeiter, im Bergwerk Khouribga 20 Gewerkschaftssekretäre und 80 Arbeiter. In Agadir, Tetouan,

1) Neben der UMT ist die Gewerkschaft der Istiqlal-Partei, die „Union Générale des Travailleurs du Maroc“ (UGTM), bedeutungslos.

2) Vgl. Jean Le Veugle: „Erwachsenenbildung in Marokko“, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover 1961. Vgl. auch Werner Plum: „Gewerkschaften in Maghreb“, ebenda, Hannover 1962.

Tanger, Kenitra, Oujda, Fes, Meknes und Rabat wurden die Arbeitervertreter der Betriebsdelegationen in Haft genommen.

In zahlreichen Großbetrieben sind die Vergünstigungen für Arbeiter gestrichen: kostenlose Arbeitskleidung, Prämien für langjährige Betriebszugehörigkeit, Jahresgratifikationen, Abfindungen bei Entlassungen, Zuschüsse für muselmanische Wallfahrten. Löhne wurden zuweilen bis unter die gesetzlich vorgeschriebene Mindestgrenze gekürzt.

In den Phosphatbergwerken beispielsweise häufen sich die Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft: Kürzung der Jahresgratifikation, keine Zuschläge für Überstunden und für Arbeiten an gesetzlichen Gewerkschaftsfeiertagen (Tag der Arbeit am 1. Mai und Tag der Bergleute am 4. Dezember), Schließung der Bäder und Duschen an Sonn- und Feiertagen. In einem Bergwerk (Youssoufia) wurden zehn Gewerkschaftsdelegierte gesetzeswidrig entlassen. Der Produktionsrückgang verursachte in der jüngsten Zeit die Entlassung von 1050 Bergleuten.

Am „Tag der Arbeit“ durften die Gewerkschafter ihre Umzüge nicht wie früher mit Arbeitssymbolen, die Betriebseigentum sind, schmücken. Es war ihnen untersagt, Hinweise auf ihren inhaftierten Generalsekretär zu äußern. Dem Bundesvorstand der UMT, wie auch einigen Kassen der Sozialversicherung, werden ohne Vorwarnung von Zeit zu Zeit elektrischer Strom oder Telefonanschluß gesperrt. Kapitaleinlagen der Sozialversicherung sind vom Königshaus entschädigungslos — und gesetzeswidrig — als Anteile beim Bau von Hilton-Hotels verwendet worden.

Diese Beispiele sind nicht nur typisch für die Konfliktschärfe. Sie veranschaulichen auch die Probleme der bisherigen Gewerkschaftskonzeption in Marokko. Die UMT war und wollte stets eine Vertreterorganisation der Arbeiterschaft gegenüber Unternehmer und Regierung sein. Die Schwergewichte ihrer Politik lagen in Forderungen sozialer Verbesserungen und in der Arbeitererziehung. Bei internationalen Vergleichen rechnet man die UMT zwar gerne zu den „revolutionären“ Gewerkschaften, doch damit ist hier eigentlich nur die Organisationsqualität, nicht die innenpolitische Taktik beurteilt.

In Marokko sind selbst die Kommunisten königstreu. *Mahjoub Ben Seddik* hatte 1951 mit dem damaligen Sultan (später König) *Mohammed V.* ein Bündnis gegen die französische Protektion geschlossen. Dafür dankte ihm das Staatsoberhaupt, als die marokkanisch-französische Auseinandersetzung zwischen 1953 und 1955 ihren Höhepunkt erreichte: „Alleine bin ich nichts. Ich kann nur gegenüber den Franzosen eine Autorität sein, wenn ich weiß, daß ich die marokkanische Arbeiterklasse hinter mir habe.“

Zeitweilig versuchte *Mahjoub Ben Seddik* eine eigene Arbeiterpartei zu gründen, was zweifelsohne die linksliberale Bürgerpartei *Union Nationale des Forces Populaires* (UNFP) geschwächt hätte. Mit dem radikalen Parteiführer der UNFP, *El Mahdi Ben Barka*²⁾, war *Ben Seddik* nicht befreundet. Für Staatsstreiche hatte er kein offenes Ohr. Im privaten Kreis sagte er einmal: „Zur Revolution genügen uns 24 Stunden, wenn sie mindestens 30 Jahre lang vorbereitet ist.“

Sein an sich „revisionistisches“ Konzept fand keinen Lohn, weder in einem korrekten Verhältnis der Sozialpartner, noch in der Anerkennung der konstruktiven Leistungen seiner Gewerkschaft. Trotz ihrer internen Stärke ist die UMT innenpolitisch heute schwächer denn je. Dies kann für Marokko, und nicht zuletzt für das Feudalregime, zum Verhängnis werden: Es gährt in der amorphen Masse der überwiegend jugendlichen Arbeitslosen. Ein alarmierendes Phänomen war die Revolte verelendeter Jugendlicher im März 1965 in Casablanca. Dieser Aufstand brach auch für die Gewerkschaftsführung unerwartet aus und konnte nur dank ihrer Besonnenheit für Land und König schadlos verlaufen. Wer weiß, wie lange die UMT noch soviel Einfluß haben kann.

Werner Plum

Vor dreißig Jahren

Um den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Faschismus weltweit zu verstärken und zu koordinieren, besuchte eine Delegation leitender Gewerkschaftsfunktionäre den lateinamerikanischen Arbeiterkongreß, der vom 5.—8. September 1938 in Mexiko abgehalten wurde. Die europäischen Mitglieder dieser Gruppe, *Edo Fimmen*, Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, *Charles Lindley*, Präsident der ITF, *Leon Jouhaux*, Leiter der französischen Gewerkschaftsbewegung, wurden begleitet von *John L. Lewis*, Vorsitzender der CIO in den USA. Die sich immer deutlicher am politischen Horizont abzeichnenden Kriegsmaßnahmen der Nazis machten eine einheitliche Hilfe der Gewerkschaften, um den Nazi-Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten, zur vordringlichen Aufgabe der weltweiten Gewerkschaftsorganisationen.

Nach dem Abschluß der Verhandlungen in Mexiko fuhren die europäischen Delegierten nach New York, um auch hier Einheitlichkeit in politischen Aktionen herzustellen. *Edo Fimmen*, die treibende Kraft im gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Faschismus, führte eine Anzahl Sonderbesprechungen mit deutschen Gewerkschaftern durch. *Toni Sender*, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und

2) *Ben Barka* wurde am 29. Oktober 1965 aus Paris verschleppt und ermordet.

Sprecher der deutschen Metallarbeiter, *Franz Pitzack*, ein Vertreter der ITF an der Ostküste der USA, und *E. Rix*, ein Vertrauensmann Fimmens an der pazifischen Küste der USA, waren dort. Rix war, offiziell, Sekretär des deutsch-amerikanischen Kulturverbandes, der Dachorganisation der deutschsprechenden Vereine in San Francisco, California.

Am ersten Tage der Besprechungen traf wie eine Bombe die Nachricht ein, daß *Hitler* mit einem Einmarsch in die Tschechoslowakei gedroht habe. *Jouhaux* reiste sofort nach Europa zurück (er wurde später von den Nazis verhaftet und in ein Konzentrationslager gesteckt). Die nun festgelegten Aufgaben waren eindeutig: „Der Krieg hat begonnen. Eine Ausweitung ist nur eine Frage der Zeit. Den jetzigen und zukünftigen Opfern der Nazis muß mit allen, mit allen verfügbaren Mitteln geholfen werden. Hitler ist nicht Deutschland, und Deutschland ist nicht Hitler.“ Die Besprechungen mit den US-Gewerkschaften wurden durch eine von den New Yorker Gewerkschaften organisierte Massenversammlung popularisiert, auf der Edo Fimmen als Sprecher der europäischen Nazi-Gegner auftrat. Die anderen Teilnehmer gingen an ihren Standort zurück, um Hilfe für die Menschen in Europa zu organisieren.

Die geplante Nazifizierung der Deutsch-Amerikaner zu verhindern, bewog die Nicht- und Anti-Nazis, den „Deutsch-Amerikanischen Kulturverband“ zu gründen. An der pazifischen Küste der USA, wo die Gewerkschaften sehr stark und einflußreich waren, bestanden zwischen dem Kulturverband und den Gewerkschaften enge organisatorische und persönliche Beziehungen.

Folgendes geschah nun, während die Nazis ihre Vorbereitungen trafen, die Tschechoslowakei zu besetzen.

Die Delegierten der im Kulturverband zusammengeschlossenen Vereine wurden in der letzten Woche des Monats September 1938 im Büro der Valencia Street zusammengerufen. Die Vertreter der Organisationen umfaßten den Arbeiter-Bildungs-Verein, die Arbeiter-Krankenkasse, die Naturfreunde, den Versicherungs-Verein, den Arbeiter-Gesangverein und eine Anzahl deutsch-geborener Gewerkschaftsfunktionäre.

Beschlossen wurde, am 3. Oktober 1938 in dem Gebäude Scottish Rite Auditorium, im Zentrum von San Francisco, eine Massenversammlung abzuhalten, auf der Deutsche, Tschechen und Slowaken gemeinsam gegen die Maßnahmen der Nazis in Europa öffentlich protestieren sollten. Diese Veranstaltung sollte der Auftakt sein, gemeinsame Hilfe für alle Opfer des Hitler-Faschismus einzuleiten. Die Zentrale des Kulturverbands in Chicago sollte benachrichtigt werden, um gleiche Aktionen

einzuleiten in allen anderen Ortsgruppen. Die Presse solle über alle Maßnahmen laufend informiert werden, und die Delegierten des Kulturverbandes, die alle Mitglieder einer Gewerkschaft waren, sollten in den Gewerkschaftsbüros und Versammlungen auf die geplante Veranstaltung besonders hinweisen und zur Teilnahme auffordern.

In Vorbesprechungen mit den Leitern der tschechischen und slowakischen Vereinigungen war die Gemeinsamkeit der geplanten Vorarbeiten garantiert worden. Der Sekretär des Kulturverbandes, E. Rix, gab darauf folgende Erklärung an die Presse, die durch die Nachrichtenagenturen UP und AP weitergegeben und in vielen amerikanischen Zeitungen gedruckt wurde. Sie lautete:

„Der Deutsch-Amerikanische Kulturverband in San Francisco wird mit den tschecho-slowakischen Organisationen gemeinsam planen, den Frieden zu erhalten. Doch wenn der Krieg ausbrechen sollte, wird der Kulturverband mit den Tschecho-Slowaken in den USA gemeinsam den Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind, Hitler, unterstützen.“

Um die Mitglieder der beteiligten Vereinigungen noch besonders anschreiben zu können, besorgte der Kulturverband eine große Anzahl Postkarten, die, mit einem einheitlichen Text versehen, von allen Beteiligten benutzt werden sollten. Die einzige Gruppe, die Blanco-Karten verlangte, um ihren eigenen Text zu drucken, war die „Liga für Frieden und Demokratie“. Ihr wurde klar gemacht, „daß der Kulturverband keine frankierten Postkarten aushändige, damit Schneidermann (der Sekretär der KP in San Francisco) sie für seine Parteieinladungen benutzen könne. Entweder sie folgten dem Beschluß der Delegierten, oder sie könnten zu Hause bleiben.“ Wie alle übrigen füllten sie daraufhin die Adressen im Büro des Kulturverbandes aus.

Am 3. Oktober 1938 war der Versammlungssaal Scottish Rite Auditorium mit Tausenden gefüllt. Nach einigen kurzen Einleitungsworten des Kulturverbandes machten folgende Sprecher deutlich, daß die Gewaltmaßnahmen der Nazis von allen Schichten der Bevölkerung in den USA verurteilt wurden: Professor *E. S. Penrose* und Professor *Carl Landauer*, beide Mitglieder der Fakultäten der Universität von California, Dr. *Edgar Lowther*, Pastor der Congregationalisten-Kirche, Rabbi *Jacob Weinstein*, *A. Pilkovisch*, Präsident der slowakischen Vereinigung, und *V. C. Storec*, Vorsitzender der tschecho-slowakischen Vereinigung an der pazifischen Küste.

Diese eindrucksvolle Kundgebung und ihr weitreichender Einfluß waren mitentscheidend, daß der Nazi-Konsul *von Killinger* kurz darauf aus San Francisco abberufen wurde. Enge

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Beziehungen wurden hergestellt unter allen, die unter der Hitler-Aggression leiden mußten und helfen wollten. Ähnliche Aktionen wurden durchgeführt und vom Kulturverband unterstützt in vielen Städten der USA. Am 16. Oktober 1938, als die Nazis in Chicago eine „Siegesfeier“ abhalten wollten, mußten 150 Polizisten eingesetzt werden, um 3000 Demonstranten zu zerstreuen. Am selben Tag wurde eine Nazi-Versammlung von Demonstranten in Syracuse N.Y. gesprengt. Am 3. Oktober 1938 zwangen 2000 Demonstranten in Union City N.J. die Polizei, eine „Siegesfeier“ aufzulösen.

Mannigfaltig sind die Aktivitäten, die die deutschen militanten Gewerkschafter geleistet haben, um den Krieg zu verhindern oder doch zu verkürzen, um das sinnlose Sterben zu beenden.

Erich Krewet